

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: Wih. Köhling in Düsseldorf,
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u.
zuletzt an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pfg.; durch
die Post bezogen 90 Pfg. Expedition und Druck
von Joh. van Aken in Krefeld, Aulh. Kirchstr. 65.
2233333 Fernsprech-Nr. 1368.

Nr. 50. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 15. Dezember 1906. Fernsprech-Nummer 4423. 8. Jahrgang.

Wichtige Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

An unsere Ortsgruppen-Vorstände!
Unsere Generalversammlung in Frankfurt a. M. hat einen, von mehreren Delegierten gestellten Antrag, für die männlichen, in Fabriken beschäftigten Verbandsmitglieder zwei Beitragsklassen zuzulassen, abgelehnt, aus zwei Gründen:

- 1) sollte die Geschäftsführung möglichst einfach gehalten und
 - 2) eine gute Kontrolle ermöglicht werden.
- So stichhaltig diese Gründe nun auch sind, sie reichen, wie uns bereits eine kurze Erfahrung gezeigt hat, nicht aus, den Beschluß aufrecht erhalten zu können.
- Aus sehr zahlreichen Ortsgruppen sind nun dem Zentralvorstand bittere Klagen darüber zugegangen, daß nicht etwas mehr Spielraum und Freiheit belassen worden sei. In vielen Ortsgruppen-Generalsversammlungen, welche die Beitragsklassen festzusetzen hatten, sind große Schwierigkeiten entstanden:
- a) durch die vielerorts tatsächlich vorhandenen großen Lohnunterschiede bei den einzelnen Arbeiterkategorien;
 - b) durch die verschiedene Auffassung der Mitglieder in Bezug auf die Notwendigkeit und den Wert höherer Beiträge;
 - c) durch die vielerorts bereits eingeführten lokalen Extrabeiträge;
 - d) durch die Verschiedenheit in der Opferwilligkeit bei den Mitgliedern in ein und derselben Ortsgruppe.

In zahlreichen Fällen ist es vorgekommen, daß eine starke Minderheit mit allem Eifer für eine höhere Beitragsklasse eintrat, aber von der Mehrheit überstimmt wurde. Dieser Zustand ist nicht nur für die vorwärtsstrebenden eifrigen und opferwilligen Verbandsmitglieder unangenehm und niederdrückend, sondern es kommt auch der große finanzielle Effekt für die Zentralkasse in Betracht.

Der Zentralvorstand hat daher Veranlassung genommen, sich mit der Angelegenheit eingehend zu beschäftigen. Das Resultat dieser Beratung war der Antrag des Zentralvorstandes an die Delegierten, genehmigen zu wollen, daß

„die Ortsgruppen-Generalsversammlungen das Recht erhalten, für die erste Mitgliederkategorie (männliche, in Fabriken beschäftigte Mitglieder über 17 Jahre) eventl. zwei Beitragsklassen festzusetzen.“

Die Generalversammlungsdelegierten haben diesen Antrag mit allen gegen 2 Stimmen, also nahezu einstimmig angenommen.

Unsere Ortsgruppen erhalten daher das Recht, **hinsichtlich neuer Generalversammlungen** einzuberufen und, falls es gewünscht wird, für die männlichen Mitglieder nach freier Wahl

zwei Beitragsklassen einzuführen.

Neuerdings ist von verschiedenen Ortsgruppen der Wunsch geäußert worden, den Verbandskolleginnen dieselbe Vergünstigung zu gewähren.

In der Annahme, daß die Delegierten nicht widersprechen werden, und weil die Sache so sehr eilig ist bezw. so schnell entschieden werden muß, machen wir schon jetzt bekannt, daß auch für die Arbeiterinnen zwei Beitragsklassen festgesetzt werden können und zwar in der Weise, daß **eine Klasse der Kolleginnen sich mit einer Beitragsklasse der Männer deckt.**

- Beispiel:**
- a) für die männlichen Fabrikarbeiter Klasse V (40 Pfg.) und Klasse IV (30 Pfg.)
 - b) für die Kolleginnen Klasse IV (30 Pfg.) und Klasse III (25 Pfg.)
- Etwasige Einsprüche der Delegierten bitten wir uns gefl. baldigst einzuliefern.
- Mit kollegialem Gruß!
- Der Zentralvorstand.
J. A. G. W. Schiffer, Vorsitzender.

Generalversammlung der Gesellschaft für Sozialreform.

Und droht der Winter noch so sehr
Mit trogigen Gebirgen,
Und streut er Eis und Schnee umher,
Es muß doch Frühling werden.

In der Natur folgt dem Winter der Frühling, das ist Naturgesetz. Im Wirtschaftsleben wird dem schroffen Absolutismus mit seinem erstarrten Einfluß auf unser ganzes Volksleben der soziale Frühling folgen, der die Triebe des Gemeinwohls und der Gerechtigkeit zu neuem Leben erweckt. Diese feste Hoffnung hegen wir, die wir uns doch zur Aufgabe gestellt haben, dahin zu wirken, daß die Kunden am sozialen Körper des Volkes geheilt werden. Wohl stehen noch ernste Kämpfe bevor, bis daß das Morgenrot der Erkenntnis alle Vorurteile überwunden hat, aber steigen wird das Licht über die Finsternis, der Gemeininn über den Egoismus. Als Bannerträger im Kampfe für den sozialen Frieden begriffen wir die Gesellschaft für soziale Reform, welche in den Tagen vom 2. bis 5. Dez. ihre dritte Generalversammlung in Berlin abhielt.

Diese Generalversammlung drückte der Gesellschaft für soziale Reform: so recht ihren Stempel als Vorläuferin für den sozialen Frieden auf, denn den Hauptverhandlungsgegenstand der diesjährigen Tagung bildete das **Problem des gewerblichen Einigungswesens.**

Am Abend des 2. Dez. fand eine von der Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft veranstaltete Begrüßungsfeier statt, an welcher auch hervorragende Männer der Wissenschaft und Parlamentarier teilnahmen. In derselben hielt der Vorsitzende der Gesellschaft, Staatsminister a. D., Hr. v. Berlepsch, eine längere Begrüßungs- und Programmrede. „Das Ziel, für das wir gemeinschaftlich kämpfen“, so führte er etwa aus, „ist nicht bloß der Ausbau der Arbeitergesetzgebung. Wir wollen vor allem für das kämpfen, was uns fehlt und was, weil es nicht da ist, im letzten Grunde die Ursache des sozialen Trostes in unserm Vaterlande ist: die Gleichberechtigung, die mit Recht für sich einsetzt und energisch von den Arbeitern verlangt wird. (Lebh. Bravo!) Ich sage: Gleichberechtigung, nicht Gleichheit. Wir wissen alle, daß die Weisheit von Geburt und nach ihren Fähigkeiten verschieden sind und daß auch in einem etwaigen kollektivistischen Staate diese von Natur gegebene Verschiedenheit zum Ausdruck kommen würde. (Sehr richtig!) Wir verstehen die Gleichberechtigung in dem Sinne, daß wir beiden Parteien gleiche Waffen in die Hand geben, daß wir Licht und Schatten gleich verteilen wollen. (Beifall.) Und es sprechen viele Anzeichen dafür, daß dieser Gedanke sich immer mehr Bahn bricht, auch in den Kreisen der Arbeitgeber. Wenn nicht religiöse und ethische Erwägungen in den Kreisen, die uns früher widerstrebten, einen Stimmungswechsel herbeigeführt haben, dann ein anderes Moment: die Erkenntnis des richtigen Geschäftsinns. (Sehr richtig!) und lebh. Zustimmung.“ Sie weist den Unternehmern darauf hin, daß er sicherer kalkulieren und das er richtiger wirtschaften kann, wenn er in Frieden mit seinen Arbeitern ein Abkommen trifft, als wenn er es auf Streiks und Ausperrungen antommen läßt. (Lebh. Beifall.) Wir haben erfahren, daß unser Kampf kein leichter ist: wir alle sind schon genötigt gewesen, Opfer in diesem Kampfe zu bringen und Beziehungen abzubauen, die uns lieb und wert waren. Aber diese gemeinsamen Kämpfe haben auch eine treue Kameradschaft zwischen uns, den Mitgliedern der Gesellschaft für soziale Reform, geschaffen und so rufe ich Ihnen am Beginn unserer diesjährigen Tagung zu: „Auf gute Kameradschaft.“ (Lebh. langanhaltender Beifall.)

Im Bürgeraal des Rathauses der Stadt Berlin begannen am 3. Dez. die **eigenen Verhandlungen.**

Den Vorsitz führte der preussische Vereinigungssekretär entsprechend, hatte man ein besonderes „Segment“ für Frauen in der Weise hergestellt, daß man auf der linken Seite des Saales den nur durch einen schmalen Gang vom übrigen Versammlungsort abgetrennten Raum durch ein Klatt als „Segment für Frauen“ bezeichnet hatte.

Der Vorsitzende, Staatsminister Hr. v. Berlepsch, eröffnete die Sitzung und erklärte einen Bericht über die Entwicklung und bisherige Tätigkeit der Gesellschaft für soziale Reform. Er leitete u. a. mit, daß die Gesellschaft heute 1700 direkte Mitglieder zählt; es befinden sich darunter als korporative Mitglieder ca. 150 Arbeitervertretungen, Handlungsgesellschaften, Technikervereine u. m., so daß sich die Tätigkeit des Vereines auf rund 1 Million Mitglieder erstreckt. „Man kann uns angefaßt dieser Tatsache“, so bemerkte Redner unter lebhaftem Beifall, „nicht mehr, wie man es früher wohl getan hat, aktum als ein Konglomerat von im besten Falle unpraktischen Schwärmern, die den Verhältnissen des praktischen Lebens weitfremd gegenübersehen.“ Die nächsten Arbeiten der Gesellschaft werden, soweit ihre Wirksamkeit in Deutschland in Betracht kommt, dem gewerblichen Einigungswesen, den Arbeiterkammern, der Organisations- und Lohnfrage in der Heimarbeit, der Regelung der Arbeits- und Bildungsverhältnisse der jugendlichen Arbeiter, den sozialpolitischen Bestrebungen der Privatangestellten gewidmet sein. Als einen erfreulichen Erfolg seiner Tätigkeit auf internationalen Gebiete darf der Verein den Abschluß der beiden ersten Staatsverträge über internationalen Arbeiterschutz (obligatorische

Nachtrufe der Frau im Gewerbebetrieb und Phosphorverbot für die Zündholzindustrie) für sich in Anspruch nehmen. Hinsichtlich der Weiterführung der Sozialreform in Deutschland sind die Jahre 1905 und 1906 eine magere Zeit gewesen: Zahlreiche Anläufe, amtliche Verheißungen, aber so gut wie keine Taten der Gesetzgebung. Auf dem Boden der Selbsthilfe durch Organisation bei Arbeitern und Arbeitgebern wird die Gesellschaft für soziale Reform ihre Bemühungen fortsetzen, eine Regelung der Arbeiterklasse zu erzielen im Rahmen der bestehenden Staatsordnung. (Lebhafter Beifall.)

Als Vertreter des Reichstages und des preussischen Handelsministers begrüßte Geh. Reg.-Rat Koch die Versammlung; für die Stadt Berlin sprach Oberbürgermeister Kirschner.

Hierauf trat die Versammlung in die Tagesordnung ein. Erster Referent über die Frage der **Methoden des gewerblichen Einigungswesens** ist Dr. Zimmermann, Redakteur der „Sozialen Praxis“, der ebenso wie seine beiden Mitberichterklärter als Mitglied der vom Verein nach England entsandten Studienkommission das englische Einigungsweisen an der Quelle studiert hat. Auch in England gibt es noch Streiks und Ausperrungen; aber sie sind dort verhältnismäßig selten und ihre Zahl geht fortgesetzt zurück, während sie in Deutschland fortgesetzt erdrosselt anwächst. Die englischen Institutionen sind hervorgegangen aus dem instinktiven Gefühl der Gleichberechtigung aller Berufsstände, aus der Achtung vor der persönlichen Ehre des Nächsten, aus der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts auch der untersten Volksschichten. Es fehlt eben in England jener osteuropäische Luftzug, der auch in alle bürgerlichen und sozialen Verhältnisse der subalternen Kastenangehörigen hineinträgt, jenen Geist, der durch Schmei und durch mechanischen Subordinationszwang erzieht, was persönliche menschliche Autorität und persönliches Vertrauen allein zustande bringen kann. Das englische Unternehmertum hat sich, nachdem es durch Streiks müde geworden war, entschlossen, von seinem Fieberschlaf heraufzusteigen und mit den Arbeiterführern an einem Tisch sitzen und entgegenkommend Differenzen zu besprechen. So haben sie sich einen gut arbeitenden konstitutionellen Apparat zur Arbeits- und Lohngesetzgebung auf der Grundlage freier Organisationen geschaffen. Und durch die Einräumung eines solchen parlamentarischen Mitbestimmungsrechts der Arbeiter in der Lohngesetzgebung ist der organisierte englische Arbeiter aus einem Feinde der Industrie zu einem an ihrem Gedeihen interessierten Teilhaber geworden. Demgegenüber herrscht in Deutschland, wenigstens in der Großindustrie, noch der einseitige, reaktionäre soziale Absolutismus des Unternehmertums. Die Unternehmer wollen „kein Blatt Papier zwischen sich und ihre Arbeiter sich drängen lassen“. Nichts von Verträgen und von Uebergabe“, so sagen die Herren: „wir wollen Herren bleiben in eigenen Hause; nicht einmal der Vorwärts“ läßt sich ja in seine geschäftlichen Verhältnisse hineinreden.“

Redner untersucht dann die Gründe, weshalb es trotz des Anwachsens der Arbeiterorganisationen noch nicht gelungen sei, in dieses absolutistische Regime Breche zu legen. Die Gründe liegen auf beiden Seiten — auch auf Seiten der Arbeiterorganisationen. Zunächst sind die Gewerkschaften noch nicht mächtig genug. 1 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, noch dazu unter sich durch religiöse und politische Differenzen gespalten, sind nahezu bedeutungslos gegenüber den 12 Millionen Arbeitern, die für diese Organisationen in Betracht kommen, sind auch bedeutungslos gegenüber den mächtigen Unternehmerorganisationen, die heute schon an die zwei Millionen Arbeiter kontrollieren. Eine weitere Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation lag und liegt zum Teil heute noch in der Unfähigkeit und Unersorglichkeit der Gewerkschaften. Vielen Trümpfen sollten die Gewerkschafter durch Entfaltung immer kräftigerer Selbstzucht an Haupt und Gliedern den Unternehmern aus den Händen winden. Die Hauptschuld an der Ohnmacht der jetzigen Gewerkschaftsbewegung aber tragen die, die ein fremdes, ein politisches Moment in die Auseinandersetzungen über die Arbeits- und Lohngesetzgebung hineingebracht haben. Wir lernen ja zur Genüge die Bevormundung der sogenannten freien Gewerkschaften durch die sozialdemokratische Presse, deren Vertreter durch ihr Indianerergötzen die vernünftigen Rufe der besonnenen Gewerkschaftsführer stören und die nur darauf aus sind, einen Brand zu entfachen, an dem die Sozialdemokratie ihre abgelebte Wutspitze wärmen kann. (Heiterkeit.) Auf das Schuldkonto der Gewerkschaften müssen auch die schändlichen Gewaltakte gesetzt werden, die leider immer noch gegen unorganisierte oder arbeitswillige Arbeiter verübt werden. Ich habe gewiß nichts übrig für die „Arbeitswilligen“ und ich betrachte sie als Schwärmer im Wirtschaftsleben, aber die Art und Weise, wie man sie manchmal zu beschreiben versucht zur Erfüllung ihrer Berufspflichten, bildet ein Schandmal im Gewerkschaftsleben. Wenn das Verhandlungsprinzip also bei uns gegenüber dem Absolutismus noch nicht in dem wünschenswerten Umfang Wirksamkeit gefunden hat, so darf man die Schuld nicht einseitig bei den Unternehmern suchen, sondern auch bei den Arbeiterorganisationen.

Auf Seiten der Arbeiter ist der gute Wille schon vorhanden — auch auf Seiten der in den sogenannten freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter. Denn trotz aller parteipolitischen Querstränge arbeiten auch sie, sie mögen wollen oder nicht, an der Herbei-

führung einer paritätischen Arbeits- und Lohngesetzgebung mit, schon durch ihr Eintreten für Tarifverträge. Was aber die Arbeitgeber betrifft, so werden sie, wenn nicht durch soziale Erwägungen, so doch allein schon durch ihren geschäftlichen Instinkt auf denselben Weg gedrängt. (Sehr richtig und Zustimmung.) Mit dem Schlagwort: „Wir wollen Herr sein im eigenen Hause“, ist schon lange nichts mehr; nicht der einzelne Unternehmer, sondern die Unternehmerorganisation ist es, die heute bereits vielfach die einzelnen Betriebe umschlingt beherrscht. Somit ist die Grundlage für ein Einigungsweisen auch bei uns in Deutschland schon gegeben. Und auch für seinen Auf- und Ausbau für eine ganze Reichhaltigkeit haben wir schon schöne, vielversprechende Anfänge in den paritätischen Arbeitsnachweisen, in den Gewerbeberichten, in den Tarifverträgen: ich möchte sogar sagen: dem deutschen Buchdrucker zeigt sich in der ganzen Welt nichts gleich Vollkommenes an die Seite zu setzen. (Beifall.) Die Gesetzgebung muß diese Entwicklung fördern durch die zwangsweise Einführung von einheitlichen, vergleichbaren Lohnlisten für einzelne Gewerbebranchen oder Zirkule und durch Ausgestaltung der Gewerbeberichte zu Einigungsämtern mit Verhandlungszwang. Man muß die freitenden Parteien vor dem Einigungsamt so lange zusammenfassen, bis sie sich vertragen. (Beifall.)

Der zweite Referent, unser Zentralvorsitzender Schiffer, behandelte die gleiche Frage, aber hauptsächlich die praktische Seite derselben betreffend und zwar speziell vom Standpunkte der Textilindustrie aus. Der größte Teil der Streiks und Ausperrungen, die der Textilindustrie in den letzten sechs Jahren einen Schaden von rund 20 Millionen zugefügt hätten, wären ganz oder doch zum großen Teile vermieden worden, wenn es ein geregeltes Einigungsverfahren gäbe. Die Einigungsämter, die das Einigungsweisen zu tragen haben würden, müßten allerdings eine gewisse Nichtschneur haben, und die müßte ihnen gegeben werden durch die Schaffung von einheitlichen Lohnlisten. Redner erörterte sodann eingehend die Frage, ob und wieviel solche Lohnlisten für einzelne Industrien oder Industriezweige möglich seien. Auf Grund der bisher auf diesem Gebiete schon vorliegenden Erfahrungen, bejahte er die Frage. In Krefeld z. B. hatte man nach dem letzten großen Streik solche Listen eingeführt; die Handwerker im Ruppertal haben eine Einheitslohnliste, der nicht weniger als 2026 Positionen umfaßt. In Aachen hat man schon den Anfang zur Einführung eines Schiedsgerichts für Streitigkeiten im Textilgewerbe gemacht. England ist uns auf diesem Gebiete mit gutem Beispiel vorangegangen. Redner schloß eingehend das in England übliche Schlichtungsverfahren mit seinen verschiedenen Instanzen, das meist schon in den unteren Instanzen in 30 Prozent der Fälle zu einer Einigung führt. Was in England möglich gewesen, müsse auch in Deutschland durchführbar sein. Voraussetzung sei allerdings, speziell für die Textilindustrie, die gesetzliche Vorschrift, daß den Arbeitern einheitliche Betriebslohnlisten ausgehändigt würden, und ferner die obligatorische Einführung eines einheitlichen metrischen Systems. Im übrigen müßte den Arbeitern das volle Koalitionsrecht und seine ungehinderte Anwendung gewährleistet werden.

Den Schluß der Ausführungen des Kollegen Schiffer bildete eine Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Im Prinzip steht die Sozialdemokratie unseren Bestrebungen ganz gewiß nicht feindlich gegenüber, aber die Praxis, die harte und unerbitliche Lehrmeisterin, wird auf die Dauer auch hier heftig und erziehbildend einwirken. Mehr als einmal habe er es erlebt, daß radikale Arbeiterführer, die eben noch eine heftige Klassenkampfbredie gehalten hatten, kurz darauf in sehr vorworfender Weise mit den Unternehmern zu verhandeln verstanden. So werden sie auch hier zunächst heftig opponieren, aber schließlich wird auch ihnen nichts weiter übrig bleiben als nachzugeben. Endlich noch ein Wort an die Arbeitnehmer wie an die Arbeitgeber. Wir Arbeiter haben allen Anlaß, von unseren englischen Kollegen auf diesem Gebiete noch manches zu lernen; und andererseits mögen die Unternehmer sich bemühen, noch gerechter und vernünftiger zu werden. Es schiebt das auf beiden Seiten, dann wird das Problem des Einigungswesens in Deutschland bald gelöst sein. (Lebhafter Beifall.)

Als zweiter Mitberichterklärter sprach dann noch der Vorsitzende des Zentralrates der deutschen (Kirch-Dunderschen) Gewerbevereine, G. Hartmann. Er behandelte daselbe Thema, speziell vom Gesichtspunkte der Eisen- und Metallindustrie. Darauf begann die Diskussion, aus der folgendes hervorgehoben sei. Der Generalsekretär des christlichen Bergarbeiterverbandes, Effert (Eisen), hegt bezüglich der Aussichten für die Durchführung eines Einigungswesens im Bergbau ziemlich pessimistische Ansichten. Nirgends sei die Abneigung gegen Verhandlungen stärker als im Bergbau. Ein Ausfall an Einnahmen, habe einmal ein hervorragendes Mitglied des bergbauischen Vereines gesagt, läßt sich wohl wieder einbringen, aber nicht eine Einbuße an Macht und Einfluß. Daher sei auch nicht zu erwarten, daß die Bergwerksbesitzer aus kaufmännischen Erwägungen heraus dazu kommen; die Schaffung von Einigungsinstitutionen anzuführen. Sie haben ein viel größeres Interesse daran, daß

bei sinkender Konjunktur die Löhne möglichst rasch sinken und bei steigender Konjunktur rasch langsam wieder in die Höhe gehen; das bringt ihnen mehr ein. Was dem Bergbau vor allem Not tut, ist eine Regelung der Frage der Lohnzahlung...

Kommernzentrat Büchtemann (Berlin), Vorsitzender des Tarifverbandes der Buchdrucker, beantwortet die Frage, ob Tarifverträge für alle Ortsgruppen anwendbar sind, dahin, daß sie im allgemeinen nur für gelernte Arbeiter zu empfehlen seien...

Hg. Goldschmidt, Redakteur des Hirsch-Dunckerischen Organs 'Der Gewerbetreibende', der Tarifvertrag für das Buchdruckerhandwerk ist von den Prinzipalen mit dem Verbands der Buchdruckergehülfen abgeschlossen worden...

Landgerichtsrat Kufemann (Bremen) fordert die obligatorische Einführung von Schlichtungsgerichten wenigstens für diejenigen Betriebe, deren Arbeiter man im öffentlichen Interesse das Streit- und Koalitionsrecht vorenthalten zu müssen glaubt...

Bergwerksdirektor Trips (Dortmund). Ich glaube nicht, daß man sagen kann, die Beschäftigten hätten durchweg auf dem Herrenstandpunkte...

Dr. Strauß, Direktor des Volksvereins-M-Gladbach: Die Lohnfrage ist für die Bergarbeiter nicht sowohl eine Frage der Lohnhöhe als der Lohnregelung...

Herr Färber Weber, als Vertreter des Gewerkschaftsverbandes der Bergarbeiter, begrüßt herzlich das Bestehen der Gewerkschaften im Bergbau...

gewerkschaftlichen Arbeitervereine betrachte es ebenfalls als seine Aufgabe, auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken.

Wieber-Duisburg, Vorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes, behandelt das Einigungswejen speziell vom Standpunkte der Eisen- und Hüttenindustrie...

Arbeitersekretär Erkelenz - Düsseldorf (Hirsch-Duncker) ist der Meinung, daß, speziell auch im Bergbau, Kämpfe der schwersten Art bevorstünden...

Der Obermeister der Tischlerinnung Mahart-Berlin und der Obermeister der Schlosserinnung Heinrich-Berlin führen bewegliche Klage, daß die soziale Gesetzgebung einseitig die Arbeiter bevorzuge...

Dr. Jüngst-Essen (Bergbaulicher Verein) wandte sich als Vertreter des Bergbaulichen Vereins gegen die von Essert aufgestellte Behauptung, daß die Besätze 'Nordstern' nach den Lohnbüchern geringere Löhne zähle...

Der Redakteur des 'Bergknappen', Gumbusch-Essen: Die Art und Weise, wie Direktor Tripp die Frage behandelt hat, ist vornehmlich ab von dem Arbeiter gegenüber an der Tagesordnung...

Prof. Harms-Berlin bittet bei dieser Frage das politische Moment ganz außer Betracht zu lassen: Die Angst vor dem roten und schwarzen Lappen...

Generaldirektor Dr. Pieper-M-Gladbach (Rath. Volksverein) erklärt einen Hauptgrund für die Abneigung vieler Unternehmer, mit den Arbeitern zu verhandeln in der Unkenntnis der eigentlichen Ziele der Arbeiterorganisationen...

Folgende Leitätze gelangen zur Annahme: 1. Eine Milderung der gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe in Deutschland ist am ehesten durch die Verwirklichung der sozialen Organisationen...

2. Das friedenspolitische System der tariflichen Arbeitsregelung, das heute in Deutschland bereits drei Viertel Millionen Arbeiter in den Handwerkerzweigen in anderen Gewerben mit nur geordneten Lohnmethoden und bescheiden geleiteten sozialen Organisationen anzuwenden...

seitigen Organisationen, unter Mithilfe der gewerkschaftlichen Vergleichs- und Schlichtungsinstanzen sowie hervorragender Vertrauenspersönlichkeiten des öffentlichen Lebens, leicht instande sein, der Ausartung der meisten Streikfälle zu offenen Kämpfen vorzubeugen...

3. Wenn auch freudig anzuerkennen ist, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung in einem rasch fortschreitenden Gesundungsprozess begriffen ist, so hatten ihr, allerdings durch die Mängel des deutschen Gewerkschaftsrechts sowie der sozialen Rechts- und Verwaltungsprovisen stark miterschuldet, heute noch noch schwere grundsätzliche und organisatorische Mängel an, welche die Unternehmer in ihrer Weigerung, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln...

Mit einem begeisterten Schlusswort des Reichsverbandes fand der Kongress seinen Abschluß.

Streit unter Kontraktbruch.

Hierzu erhalten wir aus dem Elsaß folgende Zuschrift:

Gelegentlich der Reichstagsdebatten über die Verletzung des Entwurfes betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, betonte der Reichstagsabg. Arbeitersekretär Giesbertz, daß das sofortige 'Zerbrechen der Bröden', wie sich die Arbeiter auszuwählen pflegen, nur eine Folge der Organisationslosigkeit sei...

Hätte der Herr Abgeordnete im Laufe dieses Jahres in der oberelsässischen Industriestadt Mühlhausen gelebt, so hätte er nicht als einmal selbst gesehen, können, daß sowohl christl. als sozialdemokr. Gewerkschaftsmitglieder unter Bruch des Kontrakts die Arbeit verließen und dennoch unterstützt wurden...

Zu diesen Ausföhrungen möchten wir uns einige Bemerkungen erlauben. Die christl. Gewerkschaften standen von jeher auf dem Boden des Rechts und werden denselben auch in Zukunft nicht verlassen...

Auch der Bundesrat der 'Straßb. Post' auf die letzten Vorlesungen in Mülhausen ist sehr verärgert. Interessant ist zwar, daß die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter verschiedentlich unter Kontraktbruch in den Streik getreten sind...

Auch der Bundesrat der 'Straßb. Post' auf die letzten Vorlesungen in Mülhausen ist sehr verärgert. Interessant ist zwar, daß die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter verschiedentlich unter Kontraktbruch in den Streik getreten sind...

allerdings falsch angebrachten Solidaritätsgefühl verleitet, um sie mit. Nicht selten trägt auch das schamlose Verhalten der Arbeitgeber einen Teil der Schuld.

Zu den erwähnten Vorfällen in Saargemünd muß dann bemerkt werden, daß es sich gerade dort um jungorganisierte Arbeiter handelte, denen es noch sehr an der nötigen Schulung und Disziplin gebrach. Nicht die christlichen Gewerkschaften haben deshalb die eigentliche Verantwortung für die dort vorgekommenen Ausschreitungen zu tragen...

Aus der holländischen Schwermetall-Organisation.

Hierzu schreibt uns ein Kollege: Unter obiger Ueberschrift haben wir bereits in Nr. 40 unseres Verbandsorgans am 6. Okt. d. J. einige orientierende Angaben gemacht aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Holland, speziell über den christlichen Textilarbeiterverband 'Unitas'...

Nur so ist es möglich, der Macht eine Macht gegenüber zu stellen, die den wirtschaftlichen Frieden für dauernd garantieren kann. Auch ist die Belastung der konfessionellen Organisationen mit rein wirtschaftlichen Bestrebungen deshalb von Uebel, weil unsere Zeit, in Deutschland sowohl als ganz besonders in Holland, weil dort die religiösen und politischen Verhältnisse besonders sind...

Darumhin erhebt der holländische Episkopat das zu Anfang erwähnte Rundschreiben, und der Kampf gegen den interkonfessionellen Charakter der 'Unitas' entbrannte auf der ganzen Linie, zum Schaden der christlichen Arbeiter und zum Gaudium der sozialdemokratischen. Wie schon gesagt, war man auch in evangelischen Kreisen für konfessionelle Organisationen. Man macht von beiden Seiten geltend, daß

in Holland zur Zeit noch kein Boden ist für interkonfessionelle Gewerkschaften. Wie weit dieses zutrifft, wissen wir nicht, wohl aber wissen wir, daß die ganz eigenartigen holländischen Verhältnisse eine ganz besondere Berücksichtigung verlangen. Auch scheint die Arbeiterbewegung in Holland noch nicht genug aus sich selbst heraus entwickelt zu sein. Es sind erst Anlässe einer wirklich modernen Arbeiterbewegung vorhanden; sie ist noch nicht bestimmt, nicht klar genug. Wir Deutsche sind durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften und ein sozial rückständiges Unternehmertum (und auch durch unsere eigene Kraft) verhältnismäßig schnell zu der klaren Erkenntnis gekommen, die uns sicher durch alle Wirnisse und Zwänge des politischen und gewerkschaftlichen Lebens hindurchleitet. Was wir durchgemacht haben, steht den Holländern noch bevor, wenn auch nicht in so starkem Maße. Auch sind die religiösen Verhältnisse, die auf eine Gewerkschaft von größtem Einflusse sind, mit unseren deutschen, wie eben schon angedeutet, nicht im entferntesten zu vergleichen.

Der Kampf zwischen der „Unitas“ und den Verfehrworten konfessioneller Organisationen hatte nun in letzter Zeit Formen angenommen, die zu denken gaben und beide Richtungen in ihrer Entwicklung ungemein schädigte. Besonders in Brabant, wo die „Unitas“ die meisten Mitglieder hat, zeigte das Streikermometer den höchsten Grad. Diese Zustände waren für beide Teile unhaltbar geworden, wenn der Streit aus sich, „Unitas“ nicht so sehr zu schädigen schien als ihren Gegner.

Jetzt scheint man einen Boden gefunden zu haben, auf dem vielleicht das Gebäude der Einigkeit aufgebaut werden kann. Die „Unitas“ erlöst für ihre sämtlichen Ortsgruppen einen Aufruf, in dem ein Mittelweg angegeben ist, auf dem sich die Parteien eventl. einigen können. Die einzelnen Jahressitzungen sollen den „Konpromiß“ beraten, um auf der Verbandsgeneralsversammlung (zu Weisbrachten d. J.) darüber endgültig beschließen zu können. Wir wollen den „Friedensvertrag“ in seinen wesentlichen Teilen hier folgen lassen, zum besseren Verständnis aber noch einmal kurz die Organisation der „Unitas“ kennzeichnen. Nebenbei sei bemerkt, daß der Streit, ob konfessionelle oder interkonfessionelle Verbände, hauptsächlich mit den Katholiken auszufechten war, der Aufruf also auch nur von diesen redet.

Streng interkonfessionell ist die „Unitas“ niemals gewesen. Sie setzt sich aus protestantischen, die sich christlich nennen, und kath. Fachabteilungen zusammen. Diese Fachabteilungen bilden eine bestimmte Abteilung in den konfessionellen Arbeitervereinen und sind durch ein Paritätverhältnis gegenseitig verbunden. Von dem Beitrage, den die Mitglieder entrichten, bleibt ein Teil für den Arbeiterverein, ein Teil für die Ortsklasse der Fachabteilung, und der Rest? (12 Pfg.) geht an die Zentralkasse der Unitas. Versammlungen hält jede Fachabteilung für sich. Nur bei besonderen Anlässen wird gemeinschaftlich vorgedert (versammelt). Diese gesonderten Ver-

Die lokalen katholischen Vereinigungen organisieren sich zu einem nationalen Bunde von katholischen Textilarbeitervereinigungen. Die lokalen protestantischen Vereinigungen organisieren sich zu einem nationalen Bunde protestantischer Textilarbeitervereinigungen, wenn notwendig in Distrikten (Distrikt) untergeteilt. Die zwei Bünde wählen sich natürlich jeher einen Verbandsausschuß, bestehend aus Delegierten der einzelnen Abteilungen. Jeder Verbandsausschuß wählt für sich einen Vorstand, unter dem wieder ein engerer Vorstand besteht von 5-10 Personen, aus jedem Distrikt (Widum) 1 oder 2. So hat man zwei Bünde mit 2 engeren Vorständen. Diese engeren Vorstände bilden zusammen die „Föderation von christliche Textilarbeidesbunden in Nederland.“

Die „Föderation“ verwaltet die Zentralkasse, leitet den Beitrag fest, der von den einzelnen Abteilungen an die Zentralkasse abgeführt werden soll und gibt ein Verbandsblatt heraus.

Das sind die Friedensbedingungen, die z. B. im holländischen Textilarbeiterverbande den Gegenstand einer lebhaften Verhandlung bilden. Wir sehen darin, daß die „Unitas“ von ihrem alten Gepräge nicht viel hat abzugeben brauchen. (?? Die Redaktion.) Wir möchten der „Unitas“ nicht einen Rat nach dieser oder jener Seite hin geben, da es nicht gut ist, sich in Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Wie die Zustände bis heute waren, konnten sie unmöglich weiterbestehen, wenn auch bezweifelt werden muß, daß die Annahme dieser Bedingungen einen besonderen Vorteil bringt. Dabei ist die Richtung in Holland, die für einen streng interkonfessionellen Charakter eintritt, derart stark geworden, daß die Annahme sehr zweifelhaft erscheint. Gewiß, auch nach einer eventl. Reorganisation der „Unitas“ wird die Zeitung interkonfessionell sein, aber darin liegt doch wohl nicht der Schwerpunkt, besonders dann nicht, wenn derselben das Gebiet ihrer Tätigkeit derart eng begrenzt ist, wie es bei der „Föderation“ tatsächlich der Fall ist. Wo ist z. B. die letzte Instanz bei Lohnbewegungen, wo ist überhaupt die Spitze, wo alle Verbandsangelegenheiten geordnet und geregelt werden? In einer strengen Zentralkasse liegt das Blüten und Geblühen einer wirklich modernen Gewerkschaft begründet.

Möge die eventuelle Reorganisation für unsere Schwesterorganisation keinen Rückschritt bedeuten, so sehr sie auch danach scheint. Möge vielmehr der Boden gefunden werden, auf dem das Prinzip und die Notwendigkeit einer streng interkonfessionellen Gewerkschaft allmählich durchgeföhrt werden kann, die heute schon in Holland so viele Anhänger hat. Diese Arbeit ist keine leichte für unsere Brüder; in den Niederlanden, aber sie wird und muß geleistet werden, wenn auch in Holland eine wirklich imponierende Achtung und Erfolg erzwingende Arbeiterbewegung entstehen soll. Im übrigen wird ja, wenn die Sache perfekt werden sollte, der nächstjährige internationale christliche Textilarbeiterkongreß dazu Stellung nehmen.

(Anmerkung der Redaktion: Wir haben diesen Artikel aufgenommen, ohne uns deshalb mit demselben in allen Punkten einverstanden zu erklären.)

Jobabewegungen und Arbeitsfreiheiten.

Emsdetten.

In der vorigen Woche nahm es den Anschein, als solle die Aussperrung in ein anderes Stadium treten. Es war den Vereinigungen des Herrn Landrats von Burgsteinfurt gelungen, dahin zu wirken, daß der Ausschuß mit der Firma Wilmer's mal wieder über die Differenzen verhandeln konnte. Da eine allgemeine prozentuale Lohnhöhung noch immer abgelehnt wurde, versuchte der Ausschuß dadurch zu einer Einigung zu kommen, daß für die schlecht entlohten Arbeiter eine angemessene Lohnhöhung durchgeföhrt würde. Die Firma verhielt sich nicht direkt ablehnend, sondern notierte diese Forderung und versprach Prüfung. In einigen Tagen sollte dann der Ausschuß wiedertreten. Dies ist dann auch am Freitag letzter Woche geschehen, aber die Antwort, welche von Seiten der Firma gegeben wurde, erweckt den Anschein, als wolle man überhaupt keine Verständigung. Zwar sind die Verhandlungen nicht abgebrochen, sondern diese sollen weiter geföhrt werden. Aber den Arbeitern ist es nicht übel zu nehmen, wenn aus ihren Reihen immer mehr andernwärts in Arbeit treten. So sind in letzter Woche wieder 23 Arbeiter und 26 Arbeiterinnen fortgegangen. Von der Firma Wilmer's sind nur noch 19 Arbeiter anwesend, 22 sind schon andernwärts in Arbeit getreten. Soviel ist sicher: Jede nachgewiesene Arbeit wird angenommen. Wenn es möglich gemacht werden kann, werden fast alle Arbeiter fortgehen. Die Fabrikanten mögen nachher zusehen, wo sie neue Arbeiter herholen.

So lange nicht genügend Entgegenkommen gezeigt wird, wird kein Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Wenn man auch von Fabrikantenseite unsern Bezirksvorsitzenden zu verdächtigen sucht, so muß auch dieses nicht. Wir wissen, was wir an unserem Bezirksvorsitzenden haben. Wir vertrauen nicht allein ihm, sondern der ganzen Verbandsleitung. Wir bitten aber auch alle Verbandsmitglieder, uns in diesem schweren Kampfe zu unterstützen. Besonders bitten wir, etwaige Arbeitsgelegenheit unserm Bezirksvorsitzenden, Kollegen Camps in Münster, mitzuteilen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Ahaus. Ein Kollege aus Delmenhorst richtet hiermit folgende Mahnworte an die Arbeiterschaft von Ahaus:

Werte Kollegen von Ahaus! Es drängt mich als ehemaligen Arbeits- und Verbandskollegen von Euch, auf Euren letzten Bericht im Verbandsorgan hin, einige Worte an Euch zu richten. Es hat mich bei der Gründung unseres Verbandes in Ahaus sehr gefreut, daß die dortigen Textilarbeiter ein so großes Interesse zeigten für den Organisationsgedanken. Aber leider mußte ich dieses Frühjahr erfahren, daß Eure Mitgliederzahl durch Selbstverschulden einiger Kolleginnen wieder zurückgegangen war. Freudig bewegt habe ich aber aus Euren letzten Bericht erfahren, daß die Arbeiterinnen wieder zum Vertrauen gekommen sind und wieder dem Verbands beizutreten sind.

Meiner Ansicht nach ist aber jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo alle noch unorganisierten Arbeiter der Gute-Fabrik sich unserm Verbands anschließen müssen. Ihr habt doch in viele Mäntel in Eurer Fabrik, die in anderen Fabriken selten zu finden sind. Darum,

Ihr mir unergötlichen Kollegen von Ahaus! seid und bleibt eifrige und opferfreudige Verbandsmitglieder, dann werdet Ihr bei Zeiten auch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erringen.

Breßel. Am 24. Nov. waren die Kollegen eingeladen zu einer Versammlung beim Wirten Domels. Obgleich die Versammlung durch Aufbruch am Kopfe der Zeitung bekannt gemacht war, kam eine solche kleine Zahl von Kollegen, daß wir uns genötigt sahen, die Versammlung ausfallen zu lassen. Wenn andere Kollegen mit neuem Mut in die Agitation eintreten zur Winterzeit, dann fangen die Breßeller den Winterstich an. Macht euch auf Kollegen, und besucht die Versammlungen, wer nicht erscheint, hat sich dem Beschlusse der Versammlung zu fügen. Also immer zur Stelle!

Delmenhorst. Die Wichtigkeit der Tagesordnung unserer Versammlung am 25. Nov. hatte doch auf unsere Mitglieder eingewirkt. Die Versammlung war verhältnismäßig gut besucht. Aus der Wahl des Kassierers ging Kollege Gotzsch mit großer Stimmenmehrheit hervor. Kollege Ruchendorf wurde wieder zum Schriftführer gewählt. Kollege Wähmann wurde zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Als Revisor wurde Kollege Rademacher bestimmt. Zu Punkt Festsetzung der Beiträge schlug der Vorsitzende vor, den 40 Pfgs. Beitrag einzuföhren, doch entschied die Versammlung dahin, den bisherigen 30 Pfgs. Beitrag vorläufig beizubehalten. Für Jugendliste wurde der 15 Pfgs. Beitrag eingeföhrt. Nach einem anregenden Schlusswort des Vorsitzenden schloß die Versammlung ihr Ende.

Dülmen. Die von unserer Ortsgruppe einberufene öffentliche Versammlung am 25. Nov. war zahlreich besucht. Kollege Schmäy aus Bocholt sprach über die Berechtigung der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die Ansicht unserer Gegner, daß wir Arbeiterzersetzung trieben, sei grundfalsch, so führte Redner aus. Die Trennung in der Gewerkschaftsbewegung bestehe schon seit Ende der sechziger Jahre. Der gewaltige Aufschwung, den die christlichen Gewerkschaften genommen, veranlasse unsere Gegner zur maßlosen Verhöhnung. Ein jeder denkende christliche Arbeiter müsse, daß nur in der christlichen Organisation sein Platz sei, da die „freien“ Gewerkschaften durch die Gefolgschaft, die sie der Sozialdemokratie leisteten, für uns nicht in Betracht kämen. Redner schloß mit dem Verlaufe der Emsdettener Aussperrung. Was in Emsdetten vorgekommen, könne für Dülmen auch einmal zutreffen. Da sei es unsere Pflicht, sich den Schuh und die Hilfe der christlichen Organisation zu sichern und zu erhalten. Ein gutes Mittel zur Erlangung des sozialen Friedens seien gute Tarifverträge, auf deren Abschließung die Verbände stets ihr Augenmerk richten müßten. Den Schluß des Referates bildete ein warmer Appell an die Arbeiterinnen, auch der Organisation beizutreten. In der Diskussion, die sich sehr lebhaft gestaltete, wiesen die anwesenden christlich organisierten Bauhandwerker auf die Vorteile hin, die ihnen schon durch ihren Verband hier in Dülmen geworden. In Verfolg der in der Diskussion angezogenen Ausführungen machte der Referent im Schlusswort darauf aufmerksam, daß das, was die Bauhandwerker durch ihre Einigkeit zustande gebracht, auch für die Textilarbeiter möglich sein müsse. Ein Jeder solle dafür sorgen, daß Dülmen eine Hochburg der christlichen Gewerkschaften werde, worauf mit einem Hoch auf letztere Schluß der Versammlung erfolgte.

Düren. Am 23. Nov. hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1) Staffelleistungen, 2) Lokalbeamter. Der Vorsitzende, Kollege Schönbrenner, stellte die beiden Punkte nach einer kurzen Ansprache zur Diskussion. Nachdem mehrere Kollegen sich über die zwei Punkte ausgesprochen, nahm Kollege Klütgen-Wachen das Wort. Derselbe führte den Kollegen den Nutzen hoher Beiträge an der Hand praktischer Beispiele vor Augen. Nachdem ein Kollege noch warm für die Anstellung eines Lokalbeamten eingetreten war und den Beitrag für denselben auf 5 Pfg. pro Woche befürwortet hatte, wurde zur Abstimmung geschritten. Die Abstimmung über die Beiträge ergab: die Beiträge bleiben wie bisher 30 und 25 Pfg. Die Abstimmung betreffs Anstellung eines Lokalbeamten ergab, daß derselbe angestellt wird, und werden vom 1. Januar 1907 5 Pfg. pro Woche Beitrag dafür mehr erhoben. Beide Punkte wurden einstimmig angenommen. Kollegen, so lange unsere Ortsgruppe besteht, war es unser Bestreben, einen freigestellten Beamten zu bekommen. Endlich ist das Ziel erreicht. Es handelt sich jetzt darum, daß wir alle die 5 Pfg. pro Woche gerne geben. Keiner darf sich ausschließen. Dann noch eines: Machen wir es unseren Vertrauensleuten nicht schwer und geben wir gerne den kleinen Beitrag pro Woche mehr.

Eupen. Für den 2. Dez. hatte der Gewerbeverein deutscher Stahl (Textilarbeiter (Hirsch-Dumder) eine Versammlung für die hiesige Arbeiterschaft im großen Kochischen Saale einberufen. Durch Lausittel, welche in den Fabriken zirkulierten und ein Ertractat, welches der „Eupener Bürgerzeitung“ beigelegt war, wurde eingeladen, galt es doch, einen Hauptschlag gegen die verhassten christlichen Gewerkschaften zu föhren. Als Zugmittel hatte man auf die Tagesordnung gesetzt: Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Eupener Textilarbeiter und -Arbeiterinnen und das Zweifelhafte. Der Einladung hatten etwa 300 Arbeiter, meist Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, Folge geleistet und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Als Vertreter des Ausschusses des Ortsverbandes stellten sich die von Aachen herübergekommenen Herren Graf und Gerhards der Versammlung vor. Herr Graf bemerkte bei der Eröffnung der Versammlung, alle Anwesenden, welche nicht Mitglieder der Hirsch-Dumder'schen Gewerkschaften seien, hätten sich als Gäste zu betrachten und den Anweisungen des Bureau's Folge zu leisten. Hieran knüpfte sich eine lange Wechselsprache-Debatte. Kollege Weber-Eupen forderte von denjenigen Eupenern, welche sich als Agitatoren der Hirsch-Dumder bekamen, daß sie sich nicht von fremden Herren vertreten lassen, sondern ebenfalls am Vorstandstische Platz nehmen sollten. Geheiß dieses nicht, so zeigte man, daß es an Rat fehle. Ferner beantragte Kollege Weber die gleiche Redezeit für einen Redner der christlichen Gewerkschaften, nachdem Kollege Klütgen-Wachen bemerkt hatte, daß es sich auf der heutigen Versammlung nicht um Gäste handeln könne. Die Versammlung sei eine öffentliche und jeder Anwesende sei mit gleichen Rechten Teilnehmer. Kollege Klütgen forderte ebenfalls Klarheit über die Erläuterung eines Ortsverbandes. Im Laufe der Debatte erklärte nun der Versammlungsleiter, der Vertreter des Ortsverbandes, Herr Aug. Rauch, sei durch ein Verdrüssnis verhindert. Derselbe erschien denn auch im Laufe der Versammlung und nahm föhlichweigend am Vorstandstische Platz. Da die christlichen Gewerkschaftler unter allen Umständen eine Aussprache herbeiföhren wollten, der Saal jedoch um 6 Uhr geräumt sein mußte, einigte man sich auf eine 1/2 Stunde Redezeit für jeden Referenten beider Richtungen und 10 Minuten für die

Diskussionsredner. Herr Gerhards-Wachen sprach sodann über obiges Thema. Wer nun etwa in der Erwartung zur Versammlung gekommen wäre, etwas über die Lohnverhältnisse in Eupen zu hören, der sollte sich schändlich getäuscht sehen. In Bezug auf das Zweifelhafte stand es der Redner, die Tatsachen teilweise auf den Kopf zu stellen. Seine Ausführungen gipfelten in einer echt sozialistischen Gehebe und in der Herunterreibung des christl. Textilarbeiterverbandes. Ferner machte er dem wenn auch kläglich mißlungenen Versuch, die christl. Gewerkschaften als Zentrumsgewerkschaften zu verächtigen. Kollege Weber bemerkt an der Hand von statistischem Material, welche Erzeugnisse und Verbesserungen durch den christl. Textilarbeiterverband für die Arbeiterschaft erreicht worden seien und widerlegte unter dem tosenden Beifalle der Versammlung die Ausführungen des Herrn Gerhards über das Zweifelhafte. Redner schloß aus, es habe den Anschein, als ob die H.-D. Gewerkschaften, nachdem sie sich in der Metallindustrie auf dem höchsten Punkte der Erde eine unerbittliche Blamage geholt, ihre Gefahr nach der Textilindustrie in Eupen verlegen wollten. Er forderte die Arbeiterschaft auf, sich solche Elemente vom Leibe zu halten und sei und tren zu den christl. Gewerkschaften zu halten, welche in ruhiger entschiedener Weise die Interessen der Arbeiter vertreten. Klütgen-Wachen verlas es, den H.-D. Redner abzuföhren. Er schloß ihm beratig mit Artikeln der eigenen H.-D. Presse um die Ohren, daß den beiden Herren Hören und Sehen verging. Nachdem Herr Graf den mißlungenen Versuch gemacht, die Ausführungen des Kollegen Klütgen zu widerlegen, sprach als dritter christl. Redner Fritz Witten-Eupen. Nachdem derselbe ebenfalls die Ausführungen des H.-D. Referenten widerlegt, wollte derselbe eine Resolution vortragen, die die H.-D. den Redner der Versammlung zur Abstimmung bringen zu lassen. In heller Berzweiflung versuchten die H.-D. den Redner am Weiterlesen zu verhindern. Die Versammlung ihrerseits forderte energisch die Verlesung der Resolution. Als die H.-D. einsehen, daß an dem unbeugbaren Willen der Versammlung nicht zu rütteln war, schloß der Leiter plötzlich die Versammlung. Ein auf die christl. Gewerkschaften vom Kollegen Weber ausgedrücktes Hoch wurde von der Versammlung begeistert aufgenommen. Sodann verließen die Anwesenden in voller Ruhe und Ordnung die Versammlung.

Ersenbach. In der am 25. Nov. abgehaltenen Generalversammlung wurde die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung zwar anerkannt, in anbeacht der vielen unorganisierten Arbeiter unseres Betriebes jedoch, die noch gewonnen werden sollen, die Beiträge für erwachsene männliche Arbeiter auf 30, für erwachsene weibliche auf 25 und für jugendliche Arbeiter auf 20 Pfg. festgesetzt.

Erstein. Die Ortsgruppe Erstein hielt am 22. Nov. eine außerordentliche Generalversammlung ab. Gewerkschaftssekretär Fischer-Wülhausen referierte über die Staffelleistungen und deren Vorteile für die Mitglieder. Redner erläuterte zunächst die diesbezüglichen Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung und wie infolge dessen den Mitgliedern des Verbandes Gelegenheit geboten wird, sich höhere Unterföhungen zu sichern. Im weiteren gab dann der Referent den Kollegen bekannt, daß mit Rücksicht darauf, daß sich hier besonders im Unter-Erstaß noch ein großes Agitationsfeld befinde, der Zentralvorstand die Freistellung eines weiteren Lokalbeamten für den VIII. Agitationsbezirk genehmigt habe. Mit lebhaftem Appell an die Opferwilligkeit der Kollegen schloß der Referent seine trefflichen Ausführungen. Es wurde nun von den Mitgliedern beschlossen, infolge der verhältnismäßig niederen Löhne, die bisherigen Beitragsklassen beizubehalten und für die jugendlichen Arbeiter unter 17 Jahren die 2. Beitragsklasse einzuföhren. Einstimmig aber verpflichtete man sich, einen wöchentlichen Extrabeitrag von 5 Pfg. zu bezahlen zwecks Freistellung des neuen Lokalbeamten. Nachdem dann im Schlusswort den Kollegen für ihr Entgegenkommen Anerkennung gezollt wurde, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung.

Forst i. d. S. Am Donnerstags, den 20. Dez. findet eine Generalversammlung im Vereinslokale statt, für welche folgende Tagesordnung vorgesehen ist: 1) Endgültige Beschlussfassung über die Anstellung des Lokalbeamten, 2) Vorstandswahl, 3) Verschiedenes. Wir bitten alle Kollegen und Kolleginnen, der wichtigen Tagesordnung wegen recht zahlreich zu erscheinen.

Greifath. Unsere Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 26. Nov. eine Generalversammlung ab. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete das Staffelleistungsproblem. Nachdem in einer lebhaften Diskussion das Für und Gegen besprochen war, wurde geheim abgestimmt und das Resultat war, daß die Beiträge in unserer Ortsgruppe so bleiben wie zuvor, nämlich für die männlichen Fabrikarbeiter 30 Pfennig, für die Fabrikarbeiterinnen 25 Pfennig und für die Heimarbeiter 20 Pfennig. Dann wurden die Mitglieder noch angesprochen, doch alle zur Gewerbegerichtswahl zu gehen. Nachdem der Vorsitzende in einem warmen Appell die Mitglieder ermahnt hatte, doch besser zu den Versammlungen zu kommen, schloß er die Versammlung.

Geidenheim a. d. Br. Am 18. Nov. hielt unsere Ortsgruppe gemeinschaftlich mit den hiesigen konfessionellen Vereinen einen in allen Teilen wohl gelungenen Familienabend ab. Die Feier wurde eingeleitet durch ein Musikstück des Streichorchesters des Gesellenvereins. Der Vorsitzende, Kollege Klütgen, begrüßte sodann mit warmen Worten die Erschienenen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Veranstaltung der christlichen Arbeiterbewegung zu ihrer weiteren Entwicklung die Wege ebnen möge. Dem Gefühl der Zusammengehörigkeit wurde sodann durch Absingen des Liedes: „Brüder reicht die Hand zum Bunde“, Ausdruck verliehen. Sodann referierte Gewerkschaftssekretär Wahl aus Stuttgart über die christliche Arbeiterbewegung. Ausgehend vom ersten deutschen Arbeiterkongreß in Frankfurt am Main betonte der Redner, daß sich alle auf dem Boden des Christentums stehenden Arbeiter der evangelischen und katholischen Konfession die Hände reichen sollten zur Verwirklichung ihrer Ideale. Das Ziel der konfessionellen Vereine sei die religiös-sittliche Hebung des Arbeiterstandes, die christliche Gewerkschaftsbewegung erstrebe die materielle Besserstellung. Konfessionelle Vereine und christliche Gewerkschaften müssen sich also gegenseitig ergänzen. Darum ist Schulumg auf religiösen und sozialen Gebiete notwendig. Der Charakter der christlichen Gewerkschaften ist interkonfessionell, was vom Redner durch Ausprüche katholischer und evangelischer Autoren bewiesen wurde. Auf parteipolitischen Gebiete sind sie neutral und haben mit der Zentrums-partei nicht das mindeste zu tun. Auch an die anwesenden Damen appellierte der Redner, indem er den erzieherischen Einflusse der Organisation hervor-

Anlässen Zusammengehen. „Unitas“ ist selbstverständlich. Jetzt der Friedensvertrag, der in seinen wesentlichen Teilen also lautet:

Allgemein ist man darin überein, daß der Zustand, wie er heute besteht, schmerzlich genannt werden muß. Es ist Faul und Streit in den verschiedensten Gegenden unseres Landes. Männer, die durch Glauben und Beruf unbedingt zueinander stehen müßten, sind getrennt und stehen sich bekämpfend gegenüber. So kann die Fachorganisation, die nur durch Eintracht groß und stark gemacht werden kann, sich unmöglich entwickeln.

Die große Möglichkeit für die katholischen Facharbeiter ist die, eine Organisationsform zu finden, die durch eine öffentliche Erklärung der Bischöfe gutgeheißen wird, und die obendrein von den Verfehrworten der christlichen Organisationen angenommen werden kann.

Diese Möglichkeit war besonders gegeben bei „Unitas“. Wir müssen darum suchen nach einer Organisationsform, die soviel wie möglich von der „Unitas“ beziehen läßt. Diese Organisationsform soll dann maßgebend sein für alle Verufe.

Gemeint wird, daß die Form die nachfolgende sein kann: Jetzt wählen die lokalen angeschlossenen Fachabteilungen direkt den Centralen-Raad (Verbandsausschuß), der aus seiner Mitte den Zentralvorstand (Hochbestuur) wählt.

Es wird gewünscht, diesen ein wenig zu ändern und zwar so: Die lokalen angeschlossenen protestantischen oder katholischen Fachabteilungen wählen den Verbandsausschuß nicht mehr direkt, doch indirekt.

hob, der sich dann im Familienleben wiederpiegelt. Die Erziehungsaufgaben auf kulturellem Gebiete müssen auch dem Arbeiter zugänglich gemacht werden, das könnte aber nur geschehen, wenn die Erziehung der Bewegung gestärkt würde. Durch die Tätigkeit der Bewegung gestärkt aller christlich gesinnten Arbeiter. Der Referent schloß seinen zündenden Vortrag mit den Worten: „Gott segne die christliche Arbeit.“ Es erhielt nun das Wort ein Mitglied des evangelischen Arbeitervereins, welches für die Einladung dankte und betonte, daß sich die Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften, deren auch er angehört, mit den vorgetragenen Ansichten vertragen können. (Der betr. Redner scheint über die Ziele der „freien“ Gewerkschaften schlecht orientiert zu sein. Bekanntlich der Redner mit seinen Kollegen als gläubiger evangelischer Christ, dann müßte er doch aus seiner Überzeugung auch die richtigen Konsequenzen ziehen und den christlichen Gewerkschaften zugehen. Anmerkung d. Bezirksvorsitzenden.) Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde unter dem Beifall der Versammlung der Wunsch geäußert, daß in Zukunft die beiden konfessionellen Vereine mehr Führung miteinander suchen sollen. Nachstehende Resolution wurde angenommen: „Die Teilnehmer sprechen nach den Ausführungen des Referenten sich für christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine aus und fordern die christlichen Arbeiterleiter Konfessionen auf, durch ihren Beitritt diese Organisationen zu stärken, damit diese die Arbeiter schützen und ihre Lage verbessern können.“

Kaiserslautern. In unserer Generalversammlung vom 21. Nov. besprach unser Vorsitzender, Kollege Hansen, zunächst die Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung, wies auf die Wichtigkeit der Staffelleistungen hin und begeisterte die Mitglieder dafür, daß sie doch möglichst hohe Klassen für das nächste Jahr beschließen möchten. Die Abstimmung ergab, daß die Klassen 1, 2, 3 und 4 gewählt wurden, ein Antrag des Vorsitzenden, einen monatlichen Sozialbeitrag von 10 Pf. pro Mitglied zu erheben, wurde einstimmig angenommen. Nach Verlesung der letzten Quartals-Abrechnung wurde zur Vorstandswahl geschritten. Da der Vorsitzende und Kassierer ihre Tätigkeit 6-7 Jahre ausgeübt hatten, wurde an ihrer Stelle als Vorsitzender Leonhard Janderels, als Kassierer Johann Kleven und als Beisitzer Jakob Wels gewählt, welche die Wahl dankend annahm. Der Punkt Gewerkschaftswahl wurde wegen der vorgerückten Zeit vertagt werden. Kollegen, an auch liegt es nun, die Ortsgruppe nach Möglichkeit zu unterstützen, damit dieselbe nicht ruhen bleibt. Auch der Sozialbeitrag von 10 Pf. monatlich vom 1. Januar 1907 ab muß vorübergehend entrichtet, sowie Vorstand und Förderer nach Möglichkeit unterstützt werden.

Wahlheim. Am 28. Oktober hielt unsere Ortsgruppe eine mäßig besuchte Versammlung ab. Der Kassierer erstattete den Bericht vom letzten Quartal, worauf demselben einstimmig Entlassung erteilt wurde. Sodann erhielt Kollege Gluck aus Baals das Wort zum Bericht über die Verbandsgeneralversammlung. In seinem Vortrage verbreitete sich Redner besonders über die Einführung der Staffelleistungen. Des Ferneren gab derselbe den Anwesenden, besonders den Kolleginnen, praktische Ratschläge zur Agitation. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine Ausführungen und gab alsdann den Bericht von der Bezirkskonferenz. Nachdem Kollege Gluck noch auf das Treiben der „Genossen“ in Sachen aufmerksam gemacht hatte, schloß der Vorsitzende mit dem christlichen Gebete die Versammlung.

Eine besser besuchte Versammlung hielten wir am 25. Nov. ab. In seiner Eröffnungssprache betonte Kollege Pelzer die Notwendigkeit der Staffelleistungen der höheren Beiträge. Kollege Thoma ergänzte dessen Ausführungen in einem kurzen Vortrage. In der Diskussion wurde das für und gegen reichlich erörtert und begründet, besonders die Kollegen eine Erhöhung der Beiträge. Dieselben beschloßen dann auch einstimmig den Antrag auf 30 Pf. zu setzen. Von den 15 Kollegen unserer Ortsgruppe waren 10 erschienen und stimmten 5 für 40 und 5 für 30 Pf. Das Los ergab hierauf, den Beitrag auf 30 Pf. zu lassen. Bei der Vorstandswahl wurde an Stelle des auscheidenden Schriftführers der Kollege Jos. Gohlsch gewählt. Da unsere Ortsgruppe jetzt über 50 Mitglieder zählt, wurde die Kollegin Jähnen weiter in den Vorstand gewählt. Kollege Radermacher machte bekannt, daß zur Erhebung des Krankengeldes der Krankenkassen oder ein ärztliches Attest unbedingt vorgezeigt werden müsse. Ein für diese Versammlung bedachter Vortrag seitens des Kollegen Thoma wurde der vorgerückten Zeit wegen für die nächste Versammlung zurückgestellt werden. Hierauf schloß Kollege Pelzer die Versammlung mit dem christlichen Gebetsgebet.

Wengerfeld. Unsere Ortsgruppe hielt am 25. November ihre Generalversammlung zwecks Festlegung der Staffelleistungen ab. Zur Leitung der Versammlung wurde für den ausgetretenen Schriftführer Wilhelm Rothermann gewählt. Dann sprach Kollege Hamacher aus Darmen über Staffelleistungen. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, folgende Beiträge zu zahlen: 1) für jugendliche Mitglieder 15 Pf., 2) für weibliche Mitglieder 25 Pf., 3) für männliche Mitglieder 30 Pf. Derart wurde beschlossen, einen monatlichen Sozialbeitrag von 5 Pf. für einen Sozialbeitrag zu erheben.

Wahlheim (Zweiter). Am 30. Nov. hielt unsere Ortsgruppe eine Generalversammlung ab, welche verhältnismäßig gut besucht war. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Strauss, geleitet. Derselbe referierte über die Einführung der Staffelleistungen. Es wurde dann nach kurzer Diskussion folgender Beschluß gefaßt: Die erwachsene männliche Mitglieder treten über zur Staffelleistung, die Arbeiterinnen zur Klasse vier, die jugendlichen und Arbeiterinnen zur Klasse zwei. Zum Schluß erwähnte Kollege Rothermann die ausgetretenen Kollegen, die Hausgenossen häufig zu betreiben.

Wahlheim (Dritter). In unserer Generalversammlung am 2. Dez., welche ziemlich gut besucht war, wurden als Vorstandswahl die Kollegen Baumann und Rothermann erwählt. Der Vorstand beschloß nach der Wahl, aus folgenden Kollegen: Rothermann, erster Vorsitzender, Gög, zweiter Vorsitzender, Wille, Kassierer, Radermacher, Schriftführer, sowie den Kollegen Steinhilber, Schulze und Lutzner als Beisitzer. Unter Punkt Festlegung der Beiträge für das nächste Jahr enthielt man sich einer rege Diskussion. Bei der geheimen Abstimmung stimmten etwa 2/3 der Kollegen für den 40 Pf. Beitrag und 1/3 für die Beibehaltung der jetzigen Beiträge. Die Abstimmung der Beisitzer ergab das Resultat, daß gerade die Hälfte der 30 Pf., die Hälfte der 25 Pf. stimmten. Bei der geheimen Abstimmung war eine kleine Mehrheit

für 25 Pf. Es kommt also vom 1. Januar. Die männliche Mitglieder der 40 Pf. Beitrag, für weibliche der 25 Pf. Beitrag, vom 25. Pf. monatlich. Ein Antrag, eine Weihnachtsfeier zu veranstalten, wurde abgelehnt. Nachdem der Arbeitersekretär Bericht noch einige mit Beifall aufgenommene Worte an die Versammlung gerichtet und der Vorsitzende den Kartellbericht gegeben, wurde die Versammlung geschlossen.

Ostfriesland (E). In unserer Generalversammlung am 25. Nov. erstattete zunächst Kollege Scheffel den Bericht von der Konferenz für die Oberlausitz in Zittau am 14. Oktober. Dann wurden die Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung mit einigen Erläuterungen über die Vorteile der Staffelleistung bekannt gegeben. Nach sehr lebhafter Diskussion wurden die Beitragsklassen wie folgt festgesetzt: Weibliche und männliche Mitglieder über 17 Jahre, IV. Klasse, 20 Pf., weibliche und männliche Mitglieder unter 17 Jahren II. Klasse, 20 Pf., Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen II. Klasse, 20 Pf. Mit Stimmenmehrheit wurde ein Antrag angenommen: „Den Zentralvorstand zu ersuchen, es für die Ortsgruppe Ostfriesland zu gestatten, daß neubeitretende Arbeiter zu einem niedrigeren Beitragsklasse, als für die Ortsgruppe festgesetzt ist, beitreten können.“ Da die Wöhne hier sehr hoch sind und auch viele behörigliche und tüchtige Arbeiter über die nahe Grenze kommen als Lohnbrüder, so wäre es möglich, mit 20 oder 25 Pf. mehr neue Mitglieder zu erhalten. In dieser Sache soll noch eine Versammlung stattfinden.

Wahlheim i. S. Am Dienstag, den 4. Dez., fand im Gasthaus „Zur Stadt Zittau“ die erste ordentliche Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Der Vorsitzende, Kollege J. Thiel, eröffnete die von 1/2 der gesamten Mitglieder besuchte Generalversammlung und verlas die den Mitgliedern bereits durch Zirkular bekannt gegebene Tagesordnung. Der Schriftführer, Kollege Ebermann, verlas hierauf den in kurzer aber sachlicher und gemeinverständlicher Weise abgefaßten Bericht über die erste Monatsversammlung unserer Ortsgruppe, und die, durch die Kollegen J. Heidrich und H. Thiel vorgenommene Revision der Kasse für das dritte Quartal, welche in Ordnung gefunden wurde. Nachdem der Vorsitzende dem Kollegen Ebermann gedankt, ging derselbe zum Hauptpunkt der Tagesordnung: „Beifügung zur Einführung der Staffelleistungen“ über. Zur Orientierung las der Vorsitzende den Bericht unseres Verbandsorgans über die diesbezüglichen Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung in Frankfurt a. M. vor, und stellte einen Vergleich an zwischen den von jeder Ortsgruppe frei zu wählenden Staffelleistungen und deren Vorteile, gegenüber den bisherigen festen Beitragsklassen. Hierauf erfolgte Diskussion über die Annahme der geeigneten Beiträge für unsere örtlichen Verhältnisse. Es wurden nach halbständiger Debatte folgende Sätze einstimmig angenommen: „Es gehören erwachsene männliche Mitglieder in Klasse IV, erwachsene weibliche Mitglieder in Klasse III, Heimarbeiter- und Arbeiterinnen sowie jugendliche Arbeiter beiderlei Geschlechts in Klasse II. Mit dem Wunsche, daß alle Mitglieder fleißig für die christliche Organisation agitieren wollen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.“

Wahlheim. Am 25. Nov. hielt unsere Ortsgruppe die vorgeschriebene Generalversammlung ab. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht vom 3. Quartal, worauf demselben Entlassung erteilt wurde. Kollege Pelzer hatte noch verschiedene Berichte mitzuteilen von der Generalversammlung zu Frankfurt. Er erwähnte, daß dort einstimmig die Einführung der Staffelleistungen beschlossen worden sei. Darnach seien die Ortsgruppen in die Lage versetzt, die Beiträge zu erhöhen. Natürlich seien auch die Leistungen des dementsprechend höher gesetzt worden. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, welche sich aber alle gegen eine Beitragserhöhung aussprachen. Wohl erklärten sie sich bereit, einen Extrabeitrag von 10 Pf. monatlich für einen irrgestellten Beamten gerne zu geben, wenn alle waren der Ansicht, daß es für Arbeit und Ungehörig eine Notwendigkeit sei, daß es eine Zeit zur Verfügung gestellt werde. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: Für jugendliche Arbeiter einen Wochenbeitrag von 15 Pf., Heimarbeiter 20 Pf., Heimarbeiterinnen 25 Pf., großjährige Arbeiter 30 Pf. zu erheben. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Generalversammlung in der Heberzeugung, das für Arbeit und Ungehörig die Einführung eines Beamten eine Notwendigkeit ist und erklärt sich bereit, einen monatlichen Beitrag von 10 Pf. mit Freuden zu geben.“

Siedingen. Unsere Ortsgruppe hielt am 25. Nov. ihre Generalversammlung ab. Dagegen die Arbeiter ziemlich weit auseinanderstrebend, hatte der Bericht in ansehnlicher der wählenden Tagesordnung nach etwas besser sein dürfen. Punkt eins betraf den Kassenbericht, welcher vom Kassierer erstattet wurde. Die Protokolle erklärten, Kasse und Bücher in bester Ordnung befanden zu haben, worauf der Kassierer Entlassung erteilt wurde. Der Punkt zwei erzielte unserer Schriftführer durch Verlesen des Protokolls. Darnach war zu erörtern, daß die junge Ortsgruppe seit ihrem Bestehen (Ende April bis heute) nicht geschlafen hat. Von 18 Versammlungen wurden in dieser Zeit abgehalten und zählt unsere Ortsgruppe heute 340 Mitglieder. Auch hatten wir eine Lohnbewegung durchzumachen mit der Firma „Gesellschaft für Bombfabrikation“, welche für die Arbeiter ziemlich gut verlief. Wir erhielten 10-15% Lohnerhöhung, Regellohn für Heimarbeiter beim Aufsuchen und Abholen der Ware am Tisch, ebenso seit 1. Okt. der Lohn für den Tagelöhner. Über das Thema, Freigabe eines Sozialbeamten, referierte Kollege Kammerer, indem er den Landesrat in überzeugender Weise die Notwendigkeit der Einführung weiterer Sozialbeamten. Nach längerer Diskussion wurde schließlich die Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pf. pro Monat beschlossen. Da die Lohnschaffnisse am Morgen nicht die glanzvollen sind, so wurde vorläufig von der Erhebung eines höheren Beitrages Abstand genommen und einstimmig die hierunteren Klassen für das laufende Jahr gewählt. Zum Schluß wurde allgemein dem Wunsche Ausdruck verliehen, daß die nächsten Versammlungen, welche jeden Monat abgehalten werden, möglichst besucht werden.

Siedingen. Am 25. Nov. hielt unsere Ortsgruppe eine Generalversammlung ab. Der vielen Mitarbeiterinnen wegen war dieselbe nicht vollständig besetzt. Bericht der Tagesordnung über die Freigabe der Zeitungsblätter wurde einstimmig beschlossen, wobei es beim Alter zu lassen, bis sich die Beschaffung am folgenden Tage geklärt hat. Der Vorsitzende Schindler erklärte die Lohnbewegung in Erwähnung, erklärte das mitzuteilende

Verhalten der Arbeiter und betonte, daß nur durch ruhiges, sachliches Vorgehen das Ganze gefördert werden könne. Sodann erwähnte er, daß die Berichte über eine Gewerkschaftsversammlung in Mühlheim dem besonders die „praktische Arbeit“ der Sozialdemokratie gründlich kritisiert wurde. Zum Schluß richtete der Redner einen Appell an die unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, sie möchten doch einmal ihre Pflicht erkennen und sich „ihne“ Zaubern“ der Organisation anschließen und mitarbeiten zum Wohle der ganzen Arbeiterchaft. Kollege A. Henschel sprach über praktische Maßnahmen und die Verhältnisse der Arbeiter. Der hochh. Herr Nikar Helsen referierte über die Entwicklung der christl. Gewerkschaften sowie über den Buchdruckertarif. Wer seine Worte vernommen hat, muß die Überzeugung gewonnen haben, daß wir für eine gute und gerechte Sache kämpfen.

Schweidnitz. Am 29. Nov. stellte sich uns in gut besuchter Versammlung unser neuer Sekretär für Schlesien, Kollege Müller aus Neustadt, vor. Ueberzeugend referierte derselbe über die Notwendigkeit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Er bat um tatkräftige Unterstützung, damit trotz aller entgegengesetzten Schwierigkeiten unsere Organisation fleißig weiterentwickelt, zum Wohle der Arbeiterchaft. Eine lebhafte Diskussion zeigte davon, daß unsere Mitglieder mit Eifer und Ernst bei der Sache sind. Es sprach auch der Vorsitzende des hiesigen Gewerkschaftsvereins im Sinne des Referenten. Zum Vorstehenden der Ortsgruppe wurde Kollege Anderich, als Kassierer Kollege Gurl und als Schriftführer Kollege G. Guntler gewählt. Als Revisoren bestimmte die Versammlung die Kollegen Niederdorf und Niese, als Kartellbelegierte die Kollegen Anderich, Niederdorf und Ton. Mit einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Müller wurde die Versammlung beendet.

Sachsen i. Gf. Am 26. Nov. fand im Saale zum „Goldenen Hirsch“ die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe unter dem Vorstehe des Kollegen J. Winkler statt, zwecks Feststellung der Beiträge für das Jahr 1907. Nach einem Referat des Kollegen Buchmann aus Wülhausen ging man zur Abstimmung betreffend Staffelleistungen über, wobei einstimmig beschlossen wurde, die dritte und vierte Klasse à 25 resp. 30 Pf. pro Woche beizubehalten wie bisher. Bei dem Lob sei an dieser Stelle den Mitgliedern ausgesprochen für ihr zahlreiches Erscheinen, denn der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Mögen sie auch ferner dem Verbands treu bleiben.

Wahlheim. Am 14. Okt. war für die hiesige Ortsgruppe eine Generalversammlung im Lokale Theigen anberaumt. Dieselbe war aber derart schlecht besucht (von 115 Mitgliedern waren außer dem Vorstand acht erschienen), daß in die Tagesordnung nicht eingetragen werden konnte und die Versammlung einvertragen werden mußte. Wir erwarten aber jetzt, daß diese in letzter Zeit zutage getretene Gleichgültigkeit abgestellt wird und daß alle Mitglieder von jetzt ab pünktlich zur Versammlung kommen.

Wahlheim. Unsere Generalversammlung am 13. Okt. war mangelhaft besucht. Nachdem der Kassierer den Bericht erstattet, und der Revisor die Kasse für in Ordnung befunden erklärt hatte, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Dann wurde zu Punkt zwei: Festlegung der Beiträge, geschritten. Dagegen wurden wie folgt gefaßt: Für männliche Mitglieder 30, weibliche 25, Heimarbeiter 20 und für die jetzigen unter 17 Jahren 15 Pf. Unter Punkt Beifügung wurde beschlossen, den Vertrauensmännern pro abgeleitete Marke 1 Pf. zu gewähren. Darnach wurde beschlossen, die austretenden Mitglieder am Schluß jeden Quartals bekannt zu machen. Hierauf hielt Kollege Henz einen schönen Vortrag, warum organisieren wir uns, und warum christlich. Der Vortrag wurde begeistert aufgenommen. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch bekannt, daß für diesen Winter eine planmäßige Agitation beschlossen sei, und so fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Wahlheim. Am 2. Dez. fand eine außerordentliche Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt, welche stark besucht war. Es hatten sich über 60 Kollegen und Kolleginnen eingefunden. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Karl Jensen, die Versammlung eröffnet hatte, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Zu Punkt zwei, Sozialwahl, wurde das Vereinsstatut des Herrn Heim. Schmitz gewählt. Punkt drei betraf Vorstandswahl. Es fanden aus den Kollegen Gustav Zimmerer als Schriftführer und Kassierer, Heinrich Witten als zweiter Schriftführer und Heinrich Jensen als Beisitzer. Weil Kollege G. Zimmerer die beiden verantwortungsvollen Stellen schon seit sechs Jahren verwaltet hat, wurde derselbe einstimmig wiedergewählt. Für Heinrich Witten wurde Kollege Peter Kreutzer und an Stelle Heinrich Jensen Kollege Franz Gausförster gewählt. Außerdem wurden die Kolleginnen Margareta Krenus und Agnes Wintmann in den Vorstand gewählt. Die Kollegen Johann Gossberg und Heinrich Forten wurden als Revisoren wiedergewählt. Punkt sechs, Staffelleistung, fand reichliche Erörterung, indem die Anwesenden für den bisherigen Beitrag stimmten. Der Bericht des Kollegen Johann Dohren über den Streit bei der Firma Wiegels u. Kaufmann brachte eine lebhafte Diskussion hervor. Nachdem die Kollegen Peter Kreutzer und Karl Jensen als Delegierte ihren Bericht erstattet hatten, wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

Wahlheim. Am 2. Dez. fand eine außerordentliche Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt, welche stark besucht war. Es hatten sich über 60 Kollegen und Kolleginnen eingefunden. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Karl Jensen, die Versammlung eröffnet hatte, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Zu Punkt zwei, Sozialwahl, wurde das Vereinsstatut des Herrn Heim. Schmitz gewählt. Punkt drei betraf Vorstandswahl. Es fanden aus den Kollegen Gustav Zimmerer als Schriftführer und Kassierer, Heinrich Witten als zweiter Schriftführer und Heinrich Jensen als Beisitzer. Weil Kollege G. Zimmerer die beiden verantwortungsvollen Stellen schon seit sechs Jahren verwaltet hat, wurde derselbe einstimmig wiedergewählt. Für Heinrich Witten wurde Kollege Peter Kreutzer und an Stelle Heinrich Jensen Kollege Franz Gausförster gewählt. Außerdem wurden die Kolleginnen Margareta Krenus und Agnes Wintmann in den Vorstand gewählt. Die Kollegen Johann Gossberg und Heinrich Forten wurden als Revisoren wiedergewählt. Punkt sechs, Staffelleistung, fand reichliche Erörterung, indem die Anwesenden für den bisherigen Beitrag stimmten. Der Bericht des Kollegen Johann Dohren über den Streit bei der Firma Wiegels u. Kaufmann brachte eine lebhafte Diskussion hervor. Nachdem die Kollegen Peter Kreutzer und Karl Jensen als Delegierte ihren Bericht erstattet hatten, wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

Wahlheim. Am 2. Dez. fand eine außerordentliche Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt, welche stark besucht war. Es hatten sich über 60 Kollegen und Kolleginnen eingefunden. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Karl Jensen, die Versammlung eröffnet hatte, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Zu Punkt zwei, Sozialwahl, wurde das Vereinsstatut des Herrn Heim. Schmitz gewählt. Punkt drei betraf Vorstandswahl. Es fanden aus den Kollegen Gustav Zimmerer als Schriftführer und Kassierer, Heinrich Witten als zweiter Schriftführer und Heinrich Jensen als Beisitzer. Weil Kollege G. Zimmerer die beiden verantwortungsvollen Stellen schon seit sechs Jahren verwaltet hat, wurde derselbe einstimmig wiedergewählt. Für Heinrich Witten wurde Kollege Peter Kreutzer und an Stelle Heinrich Jensen Kollege Franz Gausförster gewählt. Außerdem wurden die Kolleginnen Margareta Krenus und Agnes Wintmann in den Vorstand gewählt. Die Kollegen Johann Gossberg und Heinrich Forten wurden als Revisoren wiedergewählt. Punkt sechs, Staffelleistung, fand reichliche Erörterung, indem die Anwesenden für den bisherigen Beitrag stimmten. Der Bericht des Kollegen Johann Dohren über den Streit bei der Firma Wiegels u. Kaufmann brachte eine lebhafte Diskussion hervor. Nachdem die Kollegen Peter Kreutzer und Karl Jensen als Delegierte ihren Bericht erstattet hatten, wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

Gewerkschaftliche u. soziale Rundschau.

Ein ungläubliche Noheit sozialdemokratischer Gewerkschaftler

gegen einen christlich organisierten Arbeiter wird von der Gewerkschaftsleitung, dem Organ des christlichen Arbeiterverbandes, aus Ingolstadt berichtet. Aus einem Ort, wo die Sozialdemokraten mit den christlich organisierten zusammen arbeiten, beschuldigen die ersteren am Geruch die Verbindungsritze und verdrängen die durchgehenden Stelle mit Holzbohlen, um dem noch allein an der Stelle beizubehalten. Arbeiter einen Sturz in die Tiefe zu bereiten. Doch es kam zum Glück für die beiden anders, jedoch das christliche Gewerkschaftsblatt. Darauf ließ sich durch die Bewegung des Geruches die aufgelegte Hand, so daß sich der Arbeiter nicht über die Situation klar wurde, zurückwich und so seinem jüngeren Bruder entging. Der Sturz wäre durch das Stiegenhaus bis in den Keller ein tödlicher gewesen. So, die Gewerkschaften auch die ungläubigen freudig, an demselben Tage den Arbeiter in jüngerer Weise anzupfeifen: „Du so wer immer g'logen.“ Es ist kein Schaden, wenn ein habes Druckend Christlicher kommt gehen.

es gibt ohnehin schon zu viel. Die Angelegenheit ist dem Gericht übergeben. Solange die Leistungen der „freien“ Gewerkschaften gegen solche Menschen nicht ganz energig vorgehen, sind sie von der Verantwortung für solche Verfassungen nicht freigesprochen.

Versammlungskalender.

- Wahlheim. 15. Dez. 9 Uhr, bei St. Pauli, Generalversammlung.
- Wahlheim. 23. Dez. 5 1/2 Uhr, bei St. Pauli, öffentliche Versammlung.
- Duisburg a. Rh. 15. Dez. 8 Uhr, bei Adam Rump, Wahlheim. 65.
- Wahlheim. 15. Dez. 8 Uhr, bei Herkenrath, Klopshaus. 16. Dez. 6 Uhr, bei Peter, Weichstraße.
- Wahlheim. 1. 20. Dez. 8 1/2 Uhr, in den „Deutschen Reichshallen“, Generalversammlung.
- Wahlheim. 23. Dez. 5 Uhr, bei Jeger, öffentliche Versammlung.
- Wahlheim. 23. Dez. 5 Uhr, bei Weichstraße, Generalversammlung.
- Wahlheim. 16. Dez. 8 Uhr, bei Schäfer, Generalversammlung.
- Wahlheim. 16. Dez. 8 1/2 Uhr, beim Wirtin Heinrich Fischer.
- Wahlheim. 16. Dez. 1/6 Uhr, Generalversammlung bei Ambour, Weichstraße.
- Wahlheim. 16. Dez. 1/6 Uhr, bei Peter Doppelkamp (Damm), Generalversammlung.
- Wahlheim. 17. Dez. 8 Uhr, in der Kriegerhalle, Generalversammlung.
- Wahlheim. 23. Dez. 11 Uhr, bei Weichstraße, öffentliche Versammlung.
- Wahlheim. 16. Dez. 5 1/2 Uhr, im Gasthof Mainz, Jnh. Weichstraße, öffentliche Versammlung.
- Wahlheim. 17. Dez. 8 1/2 Uhr, beim Wirtin Heinrich Fischer.
- Wahlheim. 16. Dez. 3 Uhr, im „Vereinshaus“, öffentliche Versammlung.
- Wahlheim. 16. Dez. 11 Uhr, bei Peter Weich, öffentl. Generalversammlung.
- Wahlheim. 16. Dez. 11 Uhr, bei P. Baues (Unter den Linden).
- Wahlheim. 16. Dez. 11 1/2 Uhr, bei Witwe Stierlein, Vereinsll.
- Wahlheim. 16. Dez. 5 1/2 Uhr, bei Heim. Schmitz.

M.-Glabbach-Land.

Liquidation. Der allgem. Kommissar M.-Glabbach-Land, a. G. m. b. H. ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft in Liquidation zu melden.

M.-Glabbach-Land.

Liquidation. Der allgem. Kommissar M.-Glabbach-Land, a. G. m. b. H. ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft in Liquidation zu melden.

M.-Glabbach-Land.

Liquidation. Der allgem. Kommissar M.-Glabbach-Land, a. G. m. b. H. ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft in Liquidation zu melden.

M.-Glabbach-Land.

Liquidation. Der allgem. Kommissar M.-Glabbach-Land, a. G. m. b. H. ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft in Liquidation zu melden.

M.-Glabbach-Land.

Liquidation. Der allgem. Kommissar M.-Glabbach-Land, a. G. m. b. H. ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft in Liquidation zu melden.

M.-Glabbach-Land.

Liquidation. Der allgem. Kommissar M.-Glabbach-Land, a. G. m. b. H. ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft in Liquidation zu melden.

M.-Glabbach-Land.

Liquidation. Der allgem. Kommissar M.-Glabbach-Land, a. G. m. b. H. ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft in Liquidation zu melden.

M.-Glabbach-Land.

Liquidation. Der allgem. Kommissar M.-Glabbach-Land, a. G. m. b. H. ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft in Liquidation zu melden.

M.-Glabbach-Land.

Liquidation. Der allgem. Kommissar M.-Glabbach-Land, a. G. m. b. H. ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft in Liquidation zu melden.

M.-Glabbach-Land.

Liquidation. Der allgem. Kommissar M.-Glabbach-Land, a. G. m. b. H. ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft in Liquidation zu melden.

M.-Glabbach-Land.

Liquidation. Der allgem. Kommissar M.-Glabbach-Land, a. G. m. b. H. ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft in Liquidation zu melden.